

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1947**

34 (20.8.1947)

# Badisches VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 34 Mannheim, den 20. August 1947 Preis 15 Pfg.

## Der Ruhrbergbau muß deutsch bleiben!

### Erklärung zur Frage der Ruhrindustrie

Nach den neuesten Meldungen soll die Verantwortung für den Ruhrbergbau den deutschen Händen genommen werden.

In Washington findet zur Zeit eine von den Vereinigten Staaten einberufene Konferenz mit Großbritannien über die Bildung einer amerikanisch-englischen Ruhrkohlenbehörde statt. Diese Behörde soll die Kontrolle über die Ruhrkohle und die Verwendung der Anleihe erhalten. Die Kontrollbehörde soll einen Amerikaner als Vorsitzenden und einen Engländer als Stellvertreter haben.

Zu dieser, ganz Deutschland aufs stärkste berührenden Angelegenheit erklären die Unterzeichneten:

1. Die Gewährung einer Anleihe für den Ruhrbergbau ist nicht von einer deutschen Stelle in Vorschlag gebracht worden, weil sämtliche Ausrüstungsgegenstände von deutschen Firmen geliefert werden können und Devisenfälle aus dem Kohlenexport an die Nachbarländer vollkommen ausreichen für die Einfuhr sowohl an Lebensmitteln als auch an Rohstoffen für die Zulieferungsindustrie.

2. Die geplante Anleihe würde die große Gefahr mit sich bringen, daß die eigentlichen Entscheidungen über den Ruhrbergbau nicht von deutschen, sondern von amerikanischen Stellen getroffen werden. Besonders verhängnisvoll aber für Deutschland ist der Vorschlag, die Frage der deutschen Verwaltung und der Regelung der Besitzverhältnisse für den Ruhrbergbau um 5 Jahre zu verschieben. Die Anleihe nimmt somit dem deutschen

Volke die Verfügung über das Ruhrgebiet und überträgt sie amerikanischen Kapitalgebern.

3. Die Unterzeichneten warnen vor den Gefahren, die eine solche Entwicklung für das deutsche Volk bedeutet. Sie entziehen dem deutschen Volk das Mitbestimmungsrecht über sein kostbarstes Industrieerbe. Ein Kontrollratsbeschuß hierüber liegt nicht vor, und alle wirtschaftlichen Gründe sprechen dagegen. Durch die Washingtoner Beratung muß der Eindruck entstehen, als ob auf Grund von Sonderinteressen den Beratungen der Londoner Konferenz vorgegriffen werden soll.

4. Wir sind überzeugt, die Meinung der Mehrheit des deutschen Volkes zu vertreten, wenn wir erklären, daß nur durch einen gesamtdeutschen Plan die Kohlenproduktion und Verteilung und damit eine dauerhafte Regelung der Kohlenfrage möglich ist. Dieser gesamtdeutsche Plan mußte enthalten:

1. Festsetzung der Produktionshöhe und einer Verteilung, die den Interessen der deutschen Industrie und den Anforderungen der Alliierten und der Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrand entspricht.

Die innerdeutsche Kohlenverteilung muß von den gesamtdeutschen Interessen einer harmonischen Entwicklung aller Teile der Wirtschaft ausgehen und darf nicht von Zoneninteressen bestimmt sein.

2. Beteiligung aller deutschen Zonen an der Belieferung des Berg-

baues mit den erforderlichen Produktionsmitteln.

3. Festlegung, welcher Teil der Lebensmittel- u. Verbrauchsgüterversorgung der Bergleute von deutschen Stellen beliefert werden kann.

Zu diesem Zweck ist unverzüglich die Schaffung einer deutschen Zentralverwaltung für Brennstoff notwendig. Zur Durchführung der unmittelbar notwendigen Aufgaben könnte ein Ausschuß der Vertreter der Kohlenwirtschaft der vier Zonen die notwendigen Maßnahmen vereinbaren.

Eine wesentliche Steigerung der Kohlenförderung ist nur möglich, wenn es gelingt, die Initiative der Bergarbeiter zu entfalten und planmäßig alle Möglichkeiten der Versorgung der Bergarbeiter und des Bergbaues auszuschöpfen. Dazu ist notwendig, daß die Bergbaubetriebe in den Besitz des Volkes übergehen und das Mitbestimmungs- und Kontrollrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften garantiert wird. Aus den leitenden Organen des Bergbaues und der Einzelbetriebe müssen die aktiven Vertreter der hitlerischen Politik und die alten Vertreter der Konzerninteressen ausgeschaltet und an ihre Stelle demokratisch gesinnte Fachleute und Gewerkschaftler eingesetzt werden.

Die Unterzeichneten wenden sich gegen jeden Versuch, auf dem Wege über die wirtschaftliche Angliederung des Ruhrgebietes an die westlichen Wirtschaftsinteressen, die ökonomische Grundlage für eine Verwaltung Deutschlands zu schaffen.

Nur durch eine einheitliche deutsche Kohlenwirtschaft unter der Leitung demokratisch gesinnter deutscher Fachleute bei gleichzeitiger Ausschaltung privater Sonderinteressen, kann die deutsche Kohlenförderung gesteigert, den Wünschen der Alliierten entsprechen und allmählich die jetzige Wirtschaftslage überwinden werden.

Die Erklärung trägt folgende Unterschriften aus Berlin und der sowjetischen Besatzungszone:

Aus der Politik:

Ministerpräsidenten d. Länder: Prof. Dr. Rudolf Paul, Thüringen; Max Seydewitz, Sachsen; Dr. Steinhoff, Brandenburg; Wilh. Höcker, Mecklenburg.

Präsidenten der Landtage:

August Fröhlich, Weimar; Otto Buchwitz, Dresden; Bruno Gletze, Halle; Friedrich Ebert, Potsdam; Karl Meltmann, Schwerin.

Mitglieder der Landtage:

Anton Ackermann, Franz Dahlem, Max Fechner, Erich W. Gniffke, Otto Groféwohl, Käthe Kern, Otto Meyer, Wilhelm Pleck, Maria Reinmeister, Eili Schmidt, Walter Ulbricht, Otto Winzer.

Aus der Verwaltung:

Leo Starzykowski, Dr. Wilh. Pfrücker, Paul Wandel, Gustav Brack, Edwin Hoernle, Dr. Wilh. Schröder, Gustav Sobotka, Albert Bergholz, Dr. Martin, Stettin; Rudolf Engel, Henry Meyer, Dr. Bruno Gletze, Erich Weinst, Georg Handtke, Josef Orlop, Ernst Baute, Otto Kühne, Paul Markgraf, Willi Besemer.

## Aufschlußreicher Vergleich

### Das Ausmaß des Hungers in einer Ziffer

Eine Gegenüberstellung des Fettverbrauches pro Kopf der Bevölkerung, wie er gegenwärtig in einer Reihe von Ländern Europas besteht, zeigt den katastrophalen Ernährungsstand in Deutschland. Der Normalverbraucher erhält in Deutschland z. Z. in der Woche nicht ganz 40 Gramm Fett. Frankreich teilt seinen Normalverbrauchern 116, Finnland 131, Oesterreich 161, Belgien 262, Luxemburg 321 und Norwegen 350 Gramm Fett zu. So gestaltet sich das Verhältnis in der Zuteilung bei einem der wichtigsten Lebensmittel. Sieht es bei anderen besser aus? Jeder Werktätige in Deutschland, der von seinen Karten zu leben gezwungen ist und nicht vom Kompensationshandel oder dem schwarzen Markt lebt, kann eine eindeutige Antwort geben.

### Wo liegt der Schlüssel zur Änderung?

„Die Produktion muß gesteigert werden“, ist der Kernreim aller Betrachtungen, die um das Problem Deutschland kreisen. Bei der Ernährungslage, wie sie in dieser einen Ziffer sich ausdrückt, ist einleuchtend, wo der Schlüssel zur Änderung zu suchen ist. Bei genügender Versorgung ergibt sich die Lösung von selbst. Genügende Versorgung wird aber nicht damit erreicht, daß ewig die Änderung versprochen wird und Schlange-Schönungen seit Jahr und Tag über neue Erfassungsmethoden und Ablieferungsolls redet.

### Nur durch gesamtdeutsche Regelung.

durch deutsche Zentralverwaltungen, durch Verwirklichung des demokratischen Mitbestimmungsrechtes der Schaffenden in Stadt und Land unter gleichzeitiger Ausschaltung der Monopolisten, der Junker, der Reaktionen vom Schlage Schlange-Schönungen und Dinkelbuchs können allein die Voraussetzungen zur Lösung der Ernährungsfrage geschaffen werden.

## Geschäft mit dem Hunger

Argentinien verfügt über riesige Lebensmittellieferungen. Die Lagerhäuser und Silos sind mit Weizen, Mais, Fleisch und Fett überfüllt. Die diesjährige Weizenenernte Argentiniens ergab 2 Millionen Tonnen mehr als die im Jahre 1946. Die Maisenernte betrug 8 Millionen Tonn; auch die Ernte an Roggen und Gerste war außergewöhnlich hoch.

Ungeachtet dessen ist die Lebensmittelausfuhr Argentiniens stark zurückgegangen. Vor dem Kriege belief der Getreideexport monatlich 1 Million Tonnen, während zur Zeit nur durchschnittlich 300 000 Tonnen ausgeführt werden. Aber schon die Vorkriegshöhe der argentinischen Getreideausfuhr hätte den Brotmangel in Europa, der sich besonders kraß im Mai, Juni und Juli zeigte, beheben können.

Warum aber führt Argentinien nicht mehr Getreide aus? Regierungskreise behaupten, es fehle an Transportmitteln, und die notwendige Tonnage für die Ausfuhr sei nicht vorhanden. Es ist jedoch nicht unbekannt, daß in den Vereinigten Staaten tausende Liberty- und Vic-

tory-Schiffe unbenutzt in den Häfen liegen. Das zeigt den Widerspruch der kapitalistischen Wirtschaft: Einerseits läßt man riesige Mengen Getreide verderben, läßt man tausende von Schiffen verrotten, während in Europa und in Asien den Völkern das Brot fehlt.

Aber der angebliche Mangel an Tonnage ist nicht der alleinige Grund für die ungenügende Getreideausfuhr Argentiniens. Die Peron-Regierung nützt den Hunger der Völker aus, um riesige Profite zu machen. Zahlreiche Geschäftsabschlüsse konnten nicht getätigt werden, weil die europäischen Käufer die von Argentinien geforderten hohen Preise nicht zahlen konnten. So betrug der Preis für argentinischen Weizen das Doppelte des gegenwärtigen kanadischen Preises. Die argentinische Regierung versucht jetzt, ihren Weizen gegen Eisen und Gummi einzutauschen, beides Dinge, über die Europa nicht in genügendem Maße verfügt. So wird auch in Zukunft den europäischen Ländern der Zugang zum argentinischen Getreide verschlossen bleiben.

## Die Probe nicht bestanden

### Nachträgliche Hetzversuche des Karlsruher SPD-Vorstandes

Nichts könnte die hervorragende Wirkung der Versammlungen, die von der KPD in Baden mit den früheren Sozialdemokraten und heutigen SED-Führern Schöpflin und Ebert durchgeführt wurden, mehr unterstreichen, als die Polemiken, die sie ausgelöst haben. Nach vier Wochen sieht sich der Vorstand der SPD in Karlsruhe noch gezwungen, zur Massenversammlung Schöpfpins in Karlsruhe Stellung zu nehmen. Er tut dies in den „Badischen Neuesten Nachrichten“ unter „Stimme der Parteien“. Was hat der SPD-Vorstand so spät zu dieser Versammlung zu sagen?

In jener Versammlung mußte der sozialdemokratische Parteivorsitzende Dr. Dietrich eine vernichtende Niederlage einstecken. Die von mehr als 4000 Menschen, darunter vielen Sozialdemokraten, besuchte Versammlung lehnte entschieden Ausführungen ab, die sich auf der Linie des Bruderkampfes und der Vernichtung der Einheitsfront innerhalb der Arbeiterbewegung bewegten. Der 2. Vorsitzende aber bekannte sich, wie wir auch schrieben, zur Einheit der Arbeiterbewegung. Jetzt ist ihm dieses Bekenntnis unbequem geworden, vielleicht deshalb, weil der sozialdemokratische Parteivorstand ihm allzu sehr wegen dieser Äußerung auf die Fersen getreten ist. Die demokratische Freiheit innerhalb der SPD geht nicht so weit, ein ehrliches Bekenntnis zur Einheit der Arbeiterbewegung, deren Schaffung die zentrale Aufgabe und geschichtliche Notwendigkeit in Deutschland ist, zuzulassen. Jetzt muß zurechtgehoben und der Sinn der damaligen Ausführungen des 2. Vorsitzenden der SPD entstellt werden. Aus der Gesamtsituation der Versammlung war klar, daß das damalige Bekenntnis in der Linie der Ausführungen des Genossen Schöpflin lag, soweit es die Frage der Einheit betraf. Jetzt die Versammlung bedeutet nichts anderes, als zuzugeben, daß das Bekenntnis nicht ehrlich gewesen und nur deshalb gemacht wurde, um der Stimmung in der Versammlung Rechnung zu tragen und den katastrophalen Auswirkungen des Auftretens Dr. Dietrichs die Spitze abzubreaken. Man nennt so etwas im gewöhnlichen Leben Demagogie. Daß diese angewandt wird bei der Frage, die der Arbeiterbewegung Lebensfrage ist, ist das Bezeichnende.

Wie man es tut, kann nur kläglich sein. So wird in der Erklärung des Vorstandes der SPD zunächst der „Trick“ angewandt, zu unterstellen, es sei von seiten der KPD behauptet worden, daß 2. Vorsitzende der SPD habe sich für die SED erklärt. Warum diese Fälschung begangen wird, ist offensichtlich, denn sie ist die Voraussetzung, um überhaupt argumentieren zu können. Man argumentiert nun gegen etwas, das nie behauptet wurde und bringt dabei die üblichen Lügen und Hetzmärchen der SPD-Führung vor. Nachdem in jener Versammlung dem 1. Vorsitzenden Dr. Dietrich bei seiner Hetze der Atem ausgegangen ist, er einem Manne wie Schöpflin gegenüberstand, der in der Lage war, authentisch die Fragen über „Demokratie oder Diktatur innerhalb der SED“, „Zulassung der SPD in der Ostzone“, „Ausgeübter Zwang gegen die SPD-Genossen“, zu beantworten, werden alle diese Dinge jetzt nach vier Wochen wieder gestellt.

Erbärmliche Absichten, noch erbärmlichere Mittel! Der SPD-Vorstand in Karlsruhe glaubt, daß inzwischen vergessen worden ist, daß die Probe aus Exempel für alle seine Hetzargumente eben die Schöpfpin-Versammlung in Karlsruhe gewesen ist. Und eben diese Probe hat der SPD-Vorstand in Karlsruhe nicht bestanden.

## Monopolanwäite

### CDU und LDP sabotieren Verstaatlichungsbeschuß

Im wirtschaftspolitischen Ausschuß des hessischen Landtages konnte ein Antrag der KPD nicht behandelt werden, weil die Abgeordneten der LDP und CDU an der Sitzung nicht teilnahmen und somit den Ausschuß beschlußunfähig machten. In dem Antrag der KPD war vorgesehen, durch ein neues Beschlußprotokoll über die Firma Merck, Darmstadt, unter Hinzuziehung des gesamten Betriebsrates festzustellen, ob diese Firma infolge ihrer Monopolstellung unter Artikel 39 der hessischen Verfassung fällt und in Gemeineigentum überführt werden muß.

## Ermächtigungsgesetz für bürokratische Selbstherrlichkeit?

### Wieder vom Hinterwald her aufgezäumte Gemeinderatswahlen in Württemberg-Baden geplant

Mit Ende des Jahres 1947 erlischt die Amtszeit der jetzt tätigen Gemeinde- und Stadträte in Württemberg-Baden. Damit sind Neuwahlen fällig. Es ist aber auch die Regelung einer Reihe anderer Fragen, die damit in Zusammenhang stehen, nötig.

Wie verlautet, hat das Innenministerium Württemberg-Baden einen Gesetzesentwurf über die Neuwahl der Gemeinderäte, Bürgermeister, Kreisräte und Landräte vorgelegt. Dieser Gesetzesentwurf soll dem Staatsministerium die Ermächtigung geben, rechtswirksam Vorschriften zur Durchführung der Neuwahlen zu erlassen.

Gegen den Versuch, entscheidende Fragen der Landes- und Kommunalpolitik ausschließlich zum Gegenstand ministerieller Erlasse und bürokratischer Verordnungen zu machen, kann nicht entschieden genug Front gemacht werden. So selbstverständlich es ist, es auch, daß sein Inhalt von der Volksvertretung durchberatet und bestimmt wird. An ministerielle und bürokratische Selbstherrlichkeit haben wir bisher auf allen Gebieten bereits genügend gelitten, um uns zu hüten, durch gesetzliche Ermächtigung den Unkraut- und Dichtichtgarten der Bürokratie zum Naturschutzpark erklären zu lassen.

Wohin dieser Weg führen soll, geht daraus hervor, daß von der Absicht gesprochen wird, mit den Gemeinderatswahlen schon am 7. Dezember 1947 zu beginnen. Die Wahlen der

Bürgermeister, die zu den Kreisräten und die Wahl der Landräte sollen sich über das ganze erste halbe Jahr 1948 erstrecken. Es ist also beabsichtigt, wiederum die Wahlen vom Hinterwald her aufzuführen. Daß diesem Vorhaben nur eine reaktionäre Absicht zu Grunde liegen kann, liegt offen auf der Hand. Anscheinend soll mit Gewalt die Wahlmündigkeit der breiten Masse des Volkes organisiert werden. Besser wird die Diskreditierung demokratischen Strebens nicht erreicht, als dadurch, in der Zeit schwerster Existenzkämpfe des Volkes ausschließlich mit Wahlen zu beschäftigen.

Aufschlußreich, wie die bereits in der Öffentlichkeit gepflogenen Er-

örterungen erkennen lassen, ist die Absicht, das aktive und passive Wahlrecht nur noch den in die Gruppe 1 und 2 des Entnazifizierungsgesetzes eingestuftem vorzuenthalten, während die Minderbelasteten es erhalten sollen.

Mit den Neuwahlen wird aber eine weitere wichtige Frage akut. Immer noch besteht der Zustand, daß Nordbaden eine andere Gemeindeverfassung als Nordwürttemberg hat. Der Dualismus muß sein Ende finden, bevor die Wahlen durchgeführt werden. Für Nordbaden ist die Frage brennend. Die Zahl der tätigen Stadt- und Gemeinderäte ist vollkommen ungenügend, nachdem sie heute nicht größer ist, als zu jener Zeit, wo ihr noch die vierfache Zahl der Stadt-

verordneten oder Bürgerausschußmitglieder zur Seite gestanden hat. Schließlich sind die Aufgaben der Gemeinden nicht kleiner, sondern erheblich größer geworden.

Eine Neuregelung allein für Nordbaden durchzuführen, ist vor nicht allzu langer Zeit vom Landtag verworfen worden. Maßgebend war dabei das Bestreben, zu einer einheitlichen Gemeindeordnung für ganz Württemberg-Baden zu kommen. Wir erwarten, daß der Landtag vor den Wahlen diese damals aufgeschobenen Fragen zur Klärung und zum Abschluß bringt und darüber wacht, daß sie nicht zum Objekt bürokratischer und ministerieller Konventikel werden.

## Auf gesamtdeutscher Grundlage erstrebte Lösungen

### Ergebnisse der 5. Interzonalen Gewerkschaftskonferenz in Badenweiler

An der in Badenweiler tagenden 5. Interzonalen Konferenz der Deutschen Gewerkschaften nahmen auch 2 Vertreter des Weltgewerkschaftsbundes teil. Im Vordergrund der Beratungen stand die Frage des Anschlusses an den Weltgewerkschaftsbund. Die Konferenz begrüßte einmütig einen diesbezüglichen Beschuß des WGB und beauftragte einen Arbeitsausschuß, Vorschläge für die Durchführung eines gesamtdeutschen Gewerkschaftskongresses auszuarbeiten. Die Konferenz sprach in einer Entschließung die Erwartung aus, daß sämtliche Landes- und Zonengewerkschaften sowie die Industrie- und Bergbauergewerkschaften alle erforderlichen Vorarbeiten leisten, damit die Vorschläge des WGB möglichst bald verwirklicht werden können.

Im Brennpunkt der Konferenz stand außerdem die Kohlenfrage. Die Besitzfrage in der Kohlenwirtschaft müsse eindeutig im Sinne einer Ueberführung des gesamten Bergbaus in die Hand des Volkes geklärt werden. In einer dazu angenommenen Entschließung heißt es: „Die deutschen Gewerkschaften verfolgen mit Besorgnis die vielfachen Bestrebungen, auch ausländischer Interessentenkreise, die auf eine Reprivatisierung der deutschen Kohlenwirtschaft oder auf eine Verzögerung der Klärung der Besitzverhältnisse in diesem wichtigen Wirtschaftszweig abzielen.“

Bedeutsam ist ferner der Beschuß der Konferenz, den Alliierten Kontrollrat zu bitten, den Lohnstopp zu lockern. Die Arbeitsrechtskommission hat ausführliche Richtlinien zum Arbeitsgerichtswesen und Betriebsräte-Kündigungs- sowie Urlaubsrecht ausgearbeitet. Auf ihrer Grundlage soll eine einheitliche Regelung all dieser Fragen für ganz Deutschland angebahnt werden.

Zur Verbesserung der Versorgungslage stellt die Konferenz fest, daß die Zonengrenzen fallen müssen und die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands verwirklicht werden muß. Dazu ist die Bildung deutscher Zentralverwaltungen unerlässlich. Die Konferenz stellt einen vollen Erfolg der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit dar.

## Klare und konkrete Entscheidungen erwartet

### Württembergisch-badischer Bundestag der Gewerkschaften in Vorbereitung

Am 4., 5. und 6. Oktober findet in Kornwestheim der Bundestag der Württembergisch-Badischen Gewerkschaften statt. Alle Gewerkschaftsorganisationen und Industrieverbände nehmen daran teil und sind gegenwärtig mit seiner Vorbereitung und den Wahlen der Delegierten beschäftigt.

Die brennenden Fragen der Ernährungs- und Brennstofflage, das Problem des Lohn- und Preisstopps, das zu der unhaltbar gewordenen Erscheinung führte, bei riesig gestiegenen Preisen einen gleichbleibenden und gesunkenen Lohn zu haben, wird weitgehend die Tagung beschäftigen müssen. Wirkliche Schritte zur Lösung jeder einzelnen Frage werden nur möglich sein, wenn dies auf gesamtdeutscher Grundlage angestrebt wird.

Die Schaffung eines einheitlich deutschen Gewerkschaftsbundes, wie auch die stärkere Durchsetzung des Industrieverbandsprinzips stehen als organisatorische und politische Aufgabe. Es ist zu hoffen, daß der Bundestag nicht achtlos an den zersetzenden Erscheinungen vorbeigeht, wie sie sich innerhalb der Württembergisch-Badischen Gewerkschaften in der maßlosen Hetze durch die Beauftragten der AFL-Filialen gegen die Einheit der Gewerkschaften und deren Verfechter bemerkbar machen. Die Verwirklichung der Artikel 21-28 der Württembergisch-Badischen Verfassung erfordert, daß der Bundestag klare und konkrete Antworten gibt wie dies geschehen soll. Damit ist die Notwendigkeit einer Stellungnahme zum Betriebsrätegesetz, zu den Betriebsvereinbarungen, wie überhaupt

## AUS ALLER WELT

- 330 Millionen Dollar Gewinn bezog das amerikanische Kapital aus Beteiligungen an ausländischen Firmen im Jahre 1946. 1945 betrug der Gewinn 350 Millionen Dollar
- Auf 200 000 Mann soll das griechische Heer gegenüber bisher 150 000 Mann gebracht werden.
- Die Vorherrschaft der Engländer über die indische Armee besteht auch nach der Gründung der indischen Dominions weiter. Zahlreiche britische Offiziere leisten in der indischen Armee Dienst.
- 40 bis 50 Millionen jugoslawische Gold-Dinare hat die USA-Regierung als Jugoslawien noch nicht zurückgegeben, laut einer Erklärung von Marschall Tito.
- Gegen Verletzung der albanischen Grenze durch griechische Truppen protestiert die albanische Regierung in einer Note an den Generalsekretär der UN.
- Schwere Kämpfe zwischen Holländern und Indonesiern sind auf Java ausgebrochen. Die indonesische Regierung erklärt in einem Telegramm an den Weltfriedensrat, daß die Holländer mit ihren Feindseligkeiten fortfahren.
- Holländische Schiffe werden boykottiert II., einem Beschuß der Hafenarbeiter von Singapur.
- Die Verstaatlichung der Stahlindustrie soll für die Zeit der Krise in England aufgeschoben werden.
- Eine Rekorderte wird aus der Ukraine gemeldet. Die Getreideernte sei besser als 1940, dem letzten Vorkriegsjahr.

### Schacher um IG-Farben

In Nürnberg hat der Prozeß gegen 24 Hauptverdächtige des IG-Farbenkonzerns begonnen. Die Anklage lautet auf Verbrechen gegen die Demokratie, den Frieden und die Menschlichkeit.

In der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands sind die ehemaligen IG-Farben-Betriebe entweder Wiedergutmachungszwecken zugeführt oder in die Hände des deutschen Volkes gelegt worden. In der amerikanischen Zone wurde dagegen der IG-Farben-Konzern in 51 Einzelbetriebe aufgeteilt, ohne daß eine endgültige Klärung der Besitzverhältnisse erfolgt. Der gegenwärtige Leiter des amerikanischen Kontrollamtes für den Konzern, Oberst Richardson Bronson, gibt bekannt, nunmehr könnten deutsche Käufer einzelne Werke des Konzerns erwerben. Kürzlich wurde von anderer amerikanischer Seite erklärt, es gäbe in Deutschland nur zwei Gruppen von Käufern. Die eine hätte zwar eine reine Weste, aber kein Geld, die andere Gruppe habe wohl das Geld, aber sie bestände aus lauter schwerbelasteten Nazis. Wer sollen nunmehr die Käufer für die Millionenobjekte sein? Nazis mit schwerem Bankkonto oder aber Strommänner, die im Auftrage der USA-Trusts überall in Deutschland Aktienpakete aufkaufen?

Solange „entkartellierte“ Konzernbetriebe in privatkapitalistischer Hand bleiben, besteht auch die Gefahr einer erneuten Monopolbildung. Nur durch die Überführung der Konzernbetriebe in die Hände des Volkes kann diese Gefahr beseitigt werden.

### Immer noch „Fürstenabfindungen“

Während der Beratung des Etats im Haushaltsausschuß des hessischen Landtages erklärte Finanzminister Dr. Hilpert, daß Hessen gemäß einem aus dem Jahre 1925 stammenden Gesetz jährlich 400 000 Mark für die Herrschaftshäuser in Hessen an Versorgungs- und Ruhegehältern auf-treiben müsse. Zu dieser Erklärung nahm Abgeordneter Keil (KPD) Stellung und betonte, beim Aufbau eines neuen Staates habe ein derartiges Gesetz keine Berechtigung mehr. Gegen diese Auffassung sprachen sich LDP und CDU geschlossen aus. Auch die SPD-Abgeordneten Wittrock, Freydhoff, Lux und Wagner waren der Auffassung, daß die Abfindungen an die hessischen Fürsten aus den Steuergroschen des Volkes weiter bezahlt werden sollen. Der SPD-Abgeordnete Brecht schloß sich dagegen dem kommunistischen Standpunkt an.

### Mißverständene Freiheit

Der bekannte Frankfurter Journalist Wilhelm Karl Gerst nimmt in der „Berliner Zeitung“ zur Krise der Denazifizierung in der amerikanischen Zone Stellung. In seinem Artikel „Menetekel“ ist zu lesen: „Diese Krise ist entstanden, weil man die Entnazifizierung um ihren politischen Sinn gebracht hat. Der augenfälligste Grund ist, daß man den Kreis der Betroffenen viel

### Deutschland Rundschau

- 37 000 Sewjetbürger wurden durch das Berlin-Spandauer 3. Polizeibattalion in den besetzten sowjetischen Gebieten hingerichtet.
- 550 000 kg Fleisch, 242 000 kg Zucker, eine Million Eier und andere Lebensmittel wurden im ersten Halbjahr 1947 in Bayern verschoben, nach einer Mitteilung des bayerischen Ernährungsministeriums. Es handelt sich dabei nur um die amtlich festgestellten Lebensmittelveruntreuungen.
- 1 000 300 Ha betrug die Anbaufläche von Brotgetreide in der britischen Zone gegenüber einer vorgesehenen Fläche von 1 295 000 ha. Auch in der amerikanischen Zone ist die Anbaufläche in diesem Jahre zurückgegangen.
- 13 Millionen Mark hat das Land Sachsen für Odlandkultivierung bereitgestellt.
- Die Zellwollzeugung in Sachsen-Anhalt wurde im ersten Halbjahr 1947 mehr als verdoppelt.
- 125 000 Hamburger haben sich durch Unterschrift für das von der KPD vorgeschlagene Sportprogramm erklärt.
- Nur 4 Monate Gefängnis erhielt der Leiter des Landwirtschaftsamtes Buchen, der sich mit großen Mengen von Lebensmitteln betreiben ließ.

### Gg. Friedr. Wilh. Hegel



Er studierte in Tübingen Theologie und Philosophie. Nach Beendigung seiner Studien wurde er zuerst Hauslehrer in Bern und später in Frankfurt. Gleichzeitig mit seinem Freunde Schelling habilitierte er sich an der Universität Jena als Dozent der Philosophie. Nach dem Einbruch der Franzosen im Jahre 1806 verließ er Jena und die verödete Universität - wo er kurz zuvor zum außerordentlichen Professor ernannt wurde - und flüchtete sich nach Bamberg, wo er zwei Jahre eine Zeitung redigierte. 1808 wurde er zum Rektor des Gymnasiums in Nürnberg ernannt, im Jahre 1816 als Professor an die Universität Heidelberg berufen und folgte dann, bereits als reifer Mann, einem Rufe nach Berlin, wo sich der süddeutsche Professor zu einem Wahlpreußen entwickelte, ja, er wurde sogar preußischer Staatsphilosoph in einer Zeit, in der Männer wie Winkelmann und Herder aus ihrer Heimat - diesen Preußen - flohen. Er wurde von König Friedrich Wilhelm III. mit Orden bedacht und auch in anderer Form ausgezeichnet. Von nah und fern strömten nun seine Schüler und Anhänger herbei, um den Vorlesungen dieses berühmten Mannes beizuwohnen. Plötzlich von einer ansteckenden Krankheit, der Cholera, befallen, starb er, mitten aus seinem Schaffen herausgerissen, am 14. November 1831 in Berlin.

zu weit gezogen hat... Die Wählermassen aus den Reihen der früheren Nazimitglieder aller Grade fangen an, den Charakter und den Weg dieser Parteien zu bestimmen. Die Rechtsparteien, zu denen in dieser Betrachtung auch die Sozialdemokratie gerechnet werden muß, so lange sie den gegenwärtigen Kurs fährt, nehmen sich durch ihre gegenwärtige Taktik selbst jede Möglichkeit, sich der Beeinflussung durch den neuen Nazigeist zu erwehren, indem sie den Feind der Demokratie nicht mehr rechts, sondern links suchen und unter der Parole einer absolut mißverständenen Freiheit gemeinsam gegen die konsequent sozialistische Linke kämpfen.“

### Rassendiskriminierung in Dänemark

Zu dem Weltkongreß der Baptisten ist eine aus 1600 Personen - darunter auch viele Neger - bestehende amerikanische Delegation in Kopenhagen eingetroffen. Die Leitung des Kongresses stößt auf Schwierigkeiten bei der Unterbringung der Neger-Teilnehmer des Kongresses, da die dortige Hotelbesitzervereinigung sich weigerte, die Neger aufzunehmen. Die meisten Dänen kritisieren die Rassendiskriminierung, die von den Hotels durchgeführt wird, aufs schärfste. Aber manche Zeitungen versuchen sie mit der Erklärung zu rechtfertigen, dies sei im Interesse der amerikanischen Touristen getan worden.

### Schuhproduktion auf Vorkriegshöhe

Wie aus Pressemeldungen zu ersehen ist, haben gereifte Rohstoffversorgung und ausreichendes Vorhandensein von Arbeitskräften ermöglicht, daß die in der Schuhindustrie in der sowjetischen Zone beschäftigten Werktätigen mit Stolz über das Ergebnis ihres Aufbaus und Arbeitswillens berichten können. Mit einer Produktion von 160 000 Paar Schuhen monatlich - davon 80 Prozent Leder- und 20 Prozent Stoffschuhe - ist der Vorkriegsstand erreicht.

### Alarmierende Folgen des Hungers

Wie die „Hamburger Volkszeitung“ berichtet, werden jetzt in Hannover Hungererscheinungen völlig neuer Art beobachtet, die ein erschreckendes Licht auf den Gesundheitszustand des deutschen Volkes werfen. Es handelt sich dabei nicht um die bereits unter der Bezeichnung „Hungerödeme“ zur Genüge bekannten Erscheinungen, sondern um Gehirn- und Hauterkrankungen. „Allerorts steigt die Zahl der Personen, die an Unterernährung erkrankt sind. Statt anzulaufen, drohen immer mehr Betriebe, „auszulaufen“, da die Zahl derer, die durch Ernährungsschäden arbeitsunfähig werden, in erschreckendem Steigen begriffen ist und immer mehr Arbeitskräfte ausfallen läßt.“

Die Tuberkulose ist zu einer gefährlichen Volksseuche geworden. An offener Tuberkulose Erkrankte leben in unseren ausgebauten Städten in enger Berührung mit noch Gesunden, ohne daß eine Abhilfe möglich wäre. Die Säuglingssterblichkeit steigt weiter an und es gibt wohl kaum noch Menschen, gleich welchen Alters und Geschlechts, die nicht ein erhebliches Untergewicht aufweisen.

Unser letzter Bestand als Volk, unsere Volksgesundheit, ist auf schwerste bedroht! An den Folgen des Hungers droht unser Volk auch physisch zugrunde zu gehen! Rettung ist nur: Wenn die Ursachen des Hungers bekämpft werden.

druck des deutschen Bürgertums in der Zeit seines Aufstieges war, fand Hegel in dem System des Idealismus philosophischen sowie politischen Auffassungen entsprachen daher ganz den Anforderungen des damaligen Staates, dem der konstitutionellen Erbmonarchie. Diese Staatsform und nicht jeder Staat will er verstanden wissen unter seiner Herrlichkeit des Staates als „Wirklichkeit der sittlichen Idee“. Von den Bauern und Arbeitern hatte Hegel eine geringe Meinung. In seinem „System der Sittenlehre“ sagt er u. a.: „Das ist der Bauer in der Rohheit seiner nicht bildenden Arbeit nur mit der Erde als Element zu tun hat. Deshalb tritt er auch nur durch äußerliches Antreiben zur Sphäre des Ganzen, dem Staate, in Beziehung.“ In seiner „Rechtsphilosophie“ kommt Hegel auch auf die Industriearbeiterschaft zu sprechen. In diesem Zusammenhang erwähnt er die Konzentration unverbältnismäßig Reichtümer in wenigen Händen und die Abhängigkeit und Not der an die Arbeit gebundenen Klasse, die er den Pöbel nennt. Aber nicht nur am arm zu sein, gehört man seiner Meinung nach zum Pöbel, sondern man muß auch revolutionär, leichtsinnig und arbeitsscheu sein und zu allem noch ein Recht auf Lebensunterhalt verlangen.

Was Hegel wirklich groß und seiner Philosophie den revolutionären Charakter gegeben hat, war seine dialektische Denkmethode, die er aller-

### Landarbeiter-Betriebsräte tagten

Die dringendsten Forderungen der Landarbeiter wurden auf dieser Tagung am 3. August wie folgt zusammengefaßt:

- Gewährung der Selbstversorger-Ration für die Familie des Landarbeiters.
- Lieferung von Arbeitskleidung und Schuhwerk.
- Mitbestimmung der Betriebsräte bei der Verteilung desselben.
- Verbesserung der Löhne.
- Mitbestimmung der Betriebsräte bei Einstellung und Entlassung.
- Einhaltung der Unfallvorschriften bei Beschaffung von Verbindungsmaterial usw.
- Bezeichnend für die Behandlung der Landarbeiter durch einen Teil unserer Behörden ist es, daß die Betriebsräte gezwungen sind, die Forderung auf Gewährung der Selbstversorger-Ration für die ganze Familie aufzustellen.
- Diese Forderung ist offiziell genehmigt, wird aber von einigen Ernährungskommissaren einfach sabotiert und umgangen. Die Folge solcher bürokratischer Sabotage ist dann der katastrophale Landarbeitermangel. Brachliegende Felder, Verderben der Früchte auf dem Felde sind die weiteren Folgen.
- Die gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter läßt noch zu wünschen übrig, auch dies wurde auf der Tagung festgestellt und wir wollen nicht versäumen, die Landarbeiter

### Gegen Zweitrangigkeit der Volksschule

Aus dem Schulmemorandum der Kommunistischen Partei

Die Volksschule muß der bisherige zweitrangige Charakter genommen werden, um auch dem Volksschüler bessere Zukunftsaussichten zu geben. Durch entsprechenden Ausbau der Volksschule soll die Umstellung in der Wertung der Arbeiter und Bauern entsprechend ihrer wirtschaftlichen Bewußtsein des Volkes erzielt werden.

Der Stoffplan der Volksschule ist so zu gestalten, daß die Schüler nicht nur die einfachsten Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt erhalten, die sie im späteren Leben brauchen, sondern daß sie in die Grundlagen unserer gesellschaftlichen Lebens und unserer Kultur eingeführt werden. Nur so kann ihnen der Weg zur Weiterbildung in den ihnen gemäßen Kulturgebieten erweckt werden.

### Radio Stuttgart Sendestelle Heidelberg

Am Freitag, dem 22. 8. 47, abends 18.45 Uhr, spricht der Vorsitzende der KPD Nordbadens, Willy Grimm, zur Lage in Deutschland.

### Unter der Lupe

lingewesen, veranlaßt durch unseren Artikel, sich hierbei beteiligt hat. Hat die Gemeindeverwaltung kein soziales Verständnis für die Not der Flüchtlinge? Oder, wer sabotiert hier eigentlich? Will sich die Kaptsiedlungsausschüsse und die Kommunistische Partei nicht einmal der Sache annehmen?

Nichts gelernt Aus der Vergangenheit nichts gelernt hat der sozialdemokratische Bürgermeister von Sulzbach, sonst könnte er kaum sagen: „Überhaupt müssen die Kommunisten in Sulzbach alle verrecken.“ Unter dem Motto des Kampfes gegen den Kommunismus haben die Nazis als Landknechte die Großkapitalisten und die Reaktion das deutsche Volk verklärt und in namenloses Elend geführt. Das Gebot der Sozialdemokraten und Kommunisten, um die Volksseite zu beseitigen, aber das scheint der SPD-Bürgermeister noch nicht begriffen zu haben.

Forst In unserer Nummer vom 23. Juli 1947 prangerten wir die Verlesung eines Heftartikels gegen die Kommunisten in der Stadt, Laue, wieder endlich verhaftet. Im Jahre 1938 wollte er alle, die nicht mit „Ja“ gestimmt hatten, nach Moskau schicken und beschimpfte die Diviers als gemeine Verbrecher. Hoffentlich kommt dieser „Ehrenmann“ nun bald dahin, wo er hingehört.

### Waldbadt Nazikaktivist Laue verhaftet

Ein ganz übler Hetzer und Terrorist, der NSDAP-Ortsgruppenleiter von Waldbadt, Laue, wurde jetzt endlich verhaftet. Im Jahre 1938 wollte er alle, die nicht mit „Ja“ gestimmt hatten, nach Moskau schicken und beschimpfte die Diviers als gemeine Verbrecher. Hoffentlich kommt dieser „Ehrenmann“ nun bald dahin, wo er hingehört.

Das große Verdienst Hegels liegt also in seiner dialektischen Methode. An diese Methode knüpfen Marx und Engels an, als sie die marxistische Weltanschauung, den dialektischen

### Kartoffelernte in Gefahr

Die Tagung der Landarbeiter-Betriebsräte in Mannheim macht die Öffentlichkeit auf die ernste Gefahr aufmerksam, daß die Einbringung der Kartoffel- und Hackfrüchtereinte gefährdet ist. Es kommt jetzt schon vor, daß Landarbeiter wegen schlechter Kleider und Schuhe nicht auf dem Felde arbeiten können. Sobald die Witterung umschlägt, werden die größten Schwierigkeiten auftreten. Wenn die Landarbeiter durch Regen und Nässe krank werden, hilft kein Arbeitsdienstpflichtgesetz und keine Verordnung gegen den Arbeitsplatzwechsel. Die vom Landwirtschaftsamt in Stuttgart für Oktober in Aussicht gestellte Schuhzuteilung kommt zu spät.

Die Betriebsräte und Gewerkschaften der Landarbeiter fordern deshalb Sportmaßnahmen, um die drohenden Gefahren für die Gesundheit der Landarbeiter abzuwehren. Sie fordern die Einschaltung der Betriebsräte bei der Verteilung, damit Schuhe und Bekleidung an die wirklich Bedürftigen ausgegeben werden.

### Zuschrift von Herrn W. aus O. Gewerbelehrer

Ohne Berücksichtigung irgendwelcher Standesunterschiede der Kinder, irgendwelcher traditioneller Vorurteile wie kennzeichnender Unterschiede, findet in der Mittelstufe die Trennung nach Begabungsrichtung und voraussetzlicher Berufswahl statt durch Einführung von Wahlfächern (Fremdsprachen, Algebra usw.). Für die Begabtenklassen können den örtlichen Bedürfnissen entsprechend eingeführt werden.

### Zuschrift von Herrn L. aus St. (Lehrer)

Wenn sie die Neuordnung, die Red. Komm. kann denken Sie nicht nur an die Städte, sondern an die vielen Werkstätten auf dem Lande, die ihre Arbeitsplätze in der Stadt haben, deren Kinder aber in den Landschulen sind. Diese Landschulen können ihnen nicht dasselbe geben wie die Stadtschulen.

### Junglehrer und Schullehrer! Tret mit den Kommunisten für die Beseitigung eurer Tagesnöte ein.

Wenn sie die Neuordnung, die Red. Komm. kann denken Sie nicht nur an die Städte, sondern an die vielen Werkstätten auf dem Lande, die ihre Arbeitsplätze in der Stadt haben, deren Kinder aber in den Landschulen sind. Diese Landschulen können ihnen nicht dasselbe geben wie die Stadtschulen.

### Stahlsperre für Moskau?

Die neuen Ausfuhrbestimmungen der Vereinigten Staaten für Eisen- und Stahlerzeugnisse werden möglicherweise dazu führen, daß keine

### Ehemalige Gefangene zeugen für Faulhaber

Fast jeder Tag bringt uns neue Beweise, daß der ehemalige Aufseher Fritz Faulhaber aus Friedrichsfeld zu Unrecht vom Landgericht Mannheim verurteilt wurde. Aus den zahlreichen Briefen ehemaliger Gefangener an uns wollen wir heute nur zwei kleine Ausschnitte bringen.

„Ich werde diesem anständigen Mann, so heißt es in einem Brief, stets ein dankbares Andenken bewahren, denn wie wenig solcher Männer hatte das Dritte Reich.“

„In einem anderen Brief heißt es: „Ich habe niemals bemerkt, noch gesehen, daß Faulhaber grob oder auffällig sich gegen einen der Häftlinge benommen oder gar tätlich gegen diese gewessen wäre, Faulhaber war vielmehr jedem der Gefangenen stets hilfsbereit...“

### Stahlsperre für Moskau?

Die neuen Ausfuhrbestimmungen der Vereinigten Staaten für Eisen- und Stahlerzeugnisse werden möglicherweise dazu führen, daß keine

### Allerdings phantastisch!

Das Londoner Blatt „People“ meldet, daß der Vizekönig von Indien, Viscount Mountbatten, von Vertretern der deutschen Christlich-Sozialen Union als König eines deutschen Staates vorgeschlagen worden sei, der sich von der holländischen Grenze bis zum Bodensee erstrecken sollte. Das britische Außenministerium bezeichnete diesen Vorschlag als „phantastisch“.

### Um das Brot

### Die Sorgen der Bauern

Aus Altenbach, Kreis Heidelberg, schreibt uns ein Bauer: „Im Juli 1946 habe ich einen Antrag auf einen Melkeimer gestellt. Im August wurden nach Altenbach 5-6 Stück geliefert. Weil ich kein Nazi war, bekam ich keinen. Ich muß jetzt jedesmal 1/2 Liter Milch fürs Leihen. Ich war auf dem Landwirtschaftsamt in Heidelberg und bei anderen Ämtern, hat aber alles keinen Zweck. Der Ortsbeauftragte und die Ortsbehörde haben schon öfters den Antrag gestellt bei der Milchzentrale in Mannheim, aber es wurden keine geliefert. Es bleibt mir jetzt keine andere Wahl: wer mir einen Eimer gibt, bekommt von mir Äpfel und wenn ich keinen für mich selbst habe.“

So werden die Landwirte gezwungen, Kompensationsgeschäfte zu machen. Die Ablieferung leidet darunter.

### Ein Graf im Siedlungsausschuß

Der Kreisiedlungsausschuß in Sinsheim ist nicht mehr beschlußfähig, weil auf Grund einer Anordnung des Ministeriums nicht der Kreisrat, sondern der Kreistag den Siedlungsausschuß wählen muß. Der Kreistag in Sinsheim wird also jetzt darüber zu bestimmen haben, ob der Graf v. Degefeld-Schomburg wieder Mitglied des Siedlungsausschusses wird, d. h. ob es diesem Großgrundbesitzer auch weiterhin gestattet wird, an maßgebender Stelle die Bodenreform zu sabotieren.

Gerade der Kreis Sinsheim ist ziemlich reich „gesegnet“ mit großem Grundbesitz. Wir erinnern an die Herrschaft von Gemmingen, an die Freiherren v. Venningen, denen in vielen Orten des Sinsheimer Gebietes die Bauern tributpflichtig sind und die aus vielen großen Gutshöfen beträchtliche Gewinne ziehen. Wir erinnern an Degenfeld selbst, der auch einen ziemlich ansehnlichen Grundbesitz eigen nennt. Welche riesigen Tributumsummen die Bauern auf-

bringen müssen, damit die Freiherren ein großartiges Leben führen können, zeigt beispielsweise Neidenstein, wo ungefähr 20 000 RM jährlich an Fachtgeldern für die Freiherren v. Venningen/Ulmer bezahlt werden müssen. Wir verlangen die Uebergabe des verpackten Großgrundbesitzes an die Kleinpächter. Die Bodenreform muß das Land in die Hände der Landarbeiter, Kleinbauern und Umsiedler geben.

Das Hegel trotz seiner revolutionären Denkmethode nicht in der Lage war, die richtigen politischen Schlussfolgerungen zu ziehen, liegt darin begründet, daß Hegel ein Deutscher war, und ihm wie seinem Zeitgenossen Goethe ein Stück Philisterzopf hinten hing. Goethe wie Hegel waren jeder auf seinem Gebiet ein olympischer Zeus, aber den deutschen Philister wurden beide nie ganz los.“

### Gedenktage DER WOCHE

- 20. 8. 1915 Paul Ehrlich, Nobelpreisträger, gestorben.
- 1789 Proklamation der Menschenrechte durch die französische Nationalversammlung.
- 23. 8. 1939 Nichtangriffspakt der Sowjetunion mit Deutschland, zum Krieg zwischen beiden Ländern zu vermeiden.
- 1916 Karl Liebknecht wegen Auftragens gegen imperialistischen Krieg zu 4 Jahren und 1 Monat Zuchthaus verurteilt.
- 24. 8. 1572 Bartholomäusnacht in Paris, Niedermetzelung d. Hugonoten.
- 25. 8. 1933 Fanz Stenzer, Arbeiterführer, im KZ Dachau ermordet.
- 1744 Joh. Gottfr. Herder, Dichter, geboren.
- 26. 8. 1921 Methus Erzberger, Zentrumsabgeordneter, von Freikorpsleuten ermordet.
- 1743 Antoine Laurent Lavoisier, französisch. Chemiker, geboren.
- 27. 8. 1945 Franz Werft, österreichischer Dichter, in USA gestorben.
- 1740 Fr. W. Hegel, Philosoph, geboren.

Stahlausfuhren mehr nach der Sowjetunion und den Ländern der sowjetischen Einflußsphäre durchgeführt werden. Dies erklärte ein Beamter des USA-Handelsministeriums. Das Handelsministerium hat kürzlich die Ausfuhrbestimmungen geändert, um den Verwendungszweck gewisser wichtiger Stahlprodukte zu kontrollieren.

„Gegenwärtig sprechen sich die Westdeutschen international nicht die einzelferenz. Vier K den sich: die die Inventur der Ende führen es in Washington; die USA und Engla gen gilt und die Industrievolumen hauptsächlich um der Überwindung wände und Sch soll. Es sind vi Konkretisierung dienen.“



### Den Bock zum Gärtner gemacht

Der Erbprinz von Hohenlohe-Langenburg, der größte Grund- und Landbesitzer des Kreises Crailsheim, wurde von der CDU-Mehrheit in den Kreisiedlungsausschuß gewählt. Man sieht, daß nicht nur in Baden, sondern auch in Württemberg CDU-Abgeordnete sich zum Handlanger der fürstlichen Großgrundbesitzer machen. Hohenlohe-Langenburg wird zweifelsohne dafür sorgen, daß der Großgrundbesitz in seinem Kreis von der Siedlungsausschuss verschont bleibt.

### Den Bock zum Gärtner gemacht

Der Erbprinz von Hohenlohe-Langenburg, der größte Grund- und Landbesitzer des Kreises Crailsheim, wurde von der CDU-Mehrheit in den Kreisiedlungsausschuß gewählt. Man sieht, daß nicht nur in Baden, sondern auch in Württemberg CDU-Abgeordnete sich zum Handlanger der fürstlichen Großgrundbesitzer machen. Hohenlohe-Langenburg wird zweifelsohne dafür sorgen, daß der Großgrundbesitz in seinem Kreis von der Siedlungsausschuss verschont bleibt.

### Rundfunk Berlin

- 22. 8. 47: 7.10 Uhr: Auf nüchternen Magen; 14.00: Die tägliche Zeitungsschau; 18.40: Die Stimme des FDGB; 19.35: Tageskommentar.
- 23. 8. 47: 7.10 Uhr: Auf nüchternen Magen; 14.00: Die tägliche Zeitungsschau; 19.35: Außenpolitische Wochenübersicht von Michael Storm; 19.40: Der Pulsschlag der Zeit; Rückblick der Woche; 20.15: Tageskommentar; 21.40: Tribüne der Demokratie.
- 24. 8. 47: 12.00 Uhr: Kommentar zum Sonntag. Es spricht der Intendant des Berliner Rundfunks Heinz Schmidt; 14.00: Die tägliche Zeitungsschau; 18.40: Die Stimme d. Kultur; 19.45: Aktuelles.
- 25. 8. 47: 7.10 Uhr: Auf nüchternen Magen; 14.00: Der Blick in die deutsche Presse; 19.25: Außenpolitik und Wirtschaft; 20.15: Tageskommentar von Michael Storm; 20.15: Innenpolitische Rundschau von Herbert Gessner.
- 26. 8. 47: 7.10 Uhr: Auf nüchternen Magen; 14.00: Die tägliche Zeitungsschau; 17.50: Die Stimme des Kulturbundes; 19.35: Aus Politik und Wirtschaft; 20.15: Tageskommentar; 21.40: Tribüne der Demokratie.

### Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S. 3, 18. Verantwortlich: Kurt W. Weber und Willy Grimm, Mannheim, S. 3, 10, Tel. Nr. 4251. Auflage: 45 000. Druck: Mannheim-Gr.-Druckerei, Mannheim, R. 1, 4-6. Authorized by Military Government of Württemberg and Baden, Stuttgart, Fr. 10 4. 46.